

# „Warum die Keupstraße, was wollten die von uns?“

**Bewegende Veranstaltung der Linksfraktion zwei Jahre nach Aufdeckung des NSU**

„Alles, was ich noch möchte, sind Antworten“ – die Überschrift der Tagung der Fraktion DIE LINKE am 14. November im Landtag in Erfurt mit Experten, Wissenschaftlern, Journalisten und Politikern ging auf einen Brief von Aysen Tasköprü, Schwester des 2001 in Hamburg vom NSU ermordeten Suleyman Tasköprü, an den Bundespräsidenten zurück.

Die hochinteressante und auch sehr bewegende Veranstaltung unternahm einen beeindruckenden Versuch, Frau Tasköprü Antworten zu geben. Nach den Beiträgen von Prof. Fabian Virchow zum „NSU als Prisma – Rechtsterrorismus in Deutschland“ und Sebastian Schneider vom NSU-Watch, einer unabhängigen Beobachtungsstelle für den Prozess in München, machten vor allem die Ausführungen von Mitat Özdemir (s. Foto), Vorsitzender der IG Keupstraße Köln, betroffen. Dort wurden durch den Nagelbombenanschlag am 9. Juni 2004 nicht nur 22 Menschen schwer verletzt, sondern viele Familien schwer traumatisiert vor allem durch das Vorgehen der Behörden, die die Opfer selbst verdächtigten. Heike Kleffner vom Rechercheprojekt „Todesopfer rechter Gewalt“ verwies darauf, dass es keinerlei Hilfe und Unterstützung für die Betroffenen gab – „keine Opferberatung, kein Weißer Ring, nichts!“

An der abschließenden, vom MDR-Journalisten Axel Hemmerling moderierten, Podiumsdiskussion nahmen neben Mitat Özdemir und Sebastian Schneider auch die Vorsitzende des Landtags-Untersuchungsausschusses Dorothea Marx (SPD), die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion und Mitglied im Untersuchungsausschuss, Katharina König, sowie Polizei-

direktor Raymond Walk teil (dazu in der nächsten Ausgabe mehr).

Bodo Ramelow hatte eingangs der Veranstaltung betont, dass trotz intensivster Arbeit in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen „eine ganze Reihe von Fragen noch immer ungeklärt sind“. Da die „Desinformation Teil der Aufgabe der Geheimdienste ist“, sei er „vorsichtig mit abschließenden Einschätzungen“, so auch Prof.



Virchow. Informationen seien nicht verfolgt und seien nicht zusammengefügt worden – „vielleicht wollten sie nicht ausermitteln“. Hinzu komme, dass die für die Kontrolle der Geheimdienste vorhandenen Gremien „praktisch wirkungslos waren“.

Die Keupstraße in Köln war „eine lebhaft, eine friedliche Straße – bis zu diesem sonnigen Nachmittag im Juni 2004. Von da ab war sie nicht mehr die gleiche Straße“. Die ruhige Eindringlichkeit, mit der Herr Özdemir berichtete, ließ an diesem November-Abend im Erfurter Landtag die schlimme Situation für die Anwohner fast körperlich nachempfinden.

Herr Özdemir lebt seit 57 Jahren in Deutschland, seit 36 Jahren in der Keupstraße. „Ich hatte eine großes Vertrauen in dieses Land, aber seit diesem Tag nicht mehr.“ Immer wieder kommt er auf den 9. Juni 2004 zurück: „Dieser Tag hat unser Leben verändert.“

Wir leben mit einem Trauma.“ Die Menschen unter den Migranten, „die labil waren“, seien „am meisten betroffen gewesen“, manche seien „ausgewandert“ – „der in dem Friseurladen gearbeitet hat, hat sich das Leben genommen“. Vor allem, sie hatten „keine Möglichkeit, darüber zu reden“, öffentlich, „warum die Keupstraße?“, „was wollten die von uns?“ – „keine Antworten“, nur Verdächtigungen. „Wir sollten nicht so viel reden, wir sollten nur sagen, wer das war.“ Sie wurden immer wieder verhört. „Das war eine doppelte Belastung für uns, unerträglich war diese Zeit“, sagt Herr Özdemir und fügt



hinzu: „Wir wissen noch immer nicht...“

Heike Kleffner zeigte ein Video vom Trauermarsch 2006 in Kassel. Weitgehend ignoriert von der bundesdeutschen Öffentlichkeit – übrigens auch der linken – waren knapp 5.000 Menschen überwiegend türkischer und kurdischer Herkunft auf der Straße. Sie trugen Transparente: „In sechs Jahren neun Morde – warum?“, „Wir wollen kein 10. Opfer, stoppt die Mörder!“

Weil er und andere so hartnäckig sind, sich nicht zufrieden geben wollen, da habe ein Beamten gemeint, ob der Herr Özdemir wohl eine „Extrawurst“ wolle. Er hat geantwortet: „Ja, ich will eine Extrawurst, denn es war eine Extrabombe“.

Annette Rudolph

VON A BIS Z:

## EU-Agrarbeihilfen

Als „vorhersehbar und einfalllos“ beurteilte MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright den Kompromiss der deutschen Agrarminister. „Die Minister sind in ihrem engen gesteckten Zankbereich geblieben und haben dort einen Kompromiss gefunden, der eigentlich niemanden glücklich macht“, sagte die Agrarpolitikerin. Vorschläge, wie die Berücksichtigung der Arbeitsplätze bei der Verteilung von Agrarbeihilfen, so wie DIE LINKE das in ihrem Konzept vorgeschlagen hatte, wurden auch vom Thüringer Minister nicht in die Debatte eingebracht. „Damit vergeben sich gerade die ostdeutschen Länder Verteilungschancen für eine dynamische Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums“, so die LINKE-Abgeordnete.

Sie kritisierte, dass sich damit alles auf das Ausspielen „großer Betrieb gegen kleiner Betrieb“ reduziert. „Das hilft weder den einen, noch den anderen. Es muss doch darum gehen, eine finanzielle Förderung zu gewährleisten, bei der sowohl ökologische wie auch soziale Kriterien angewendet werden. Das bedeutet, arbeitsintensive Betriebszweige anzuerkennen und deren Arbeitsplätze auch zu erhalten. Sonst besteht die Gefahr, dass durch die finanzielle Agrarförderung der Zwang zur verstärkten Automatisierung gerade in der Tierhaltung forciert wird und Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Das wiederum schwächt den ländlichen Raum und da müsste gerade mit den Agrarbeihilfen dagegengehalten werden“, betonte Johanna Scheringer-Wright. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in diesem Jahr finden in der Zeit vom 20. bis 22. November sowie vom 18. bis 20. Dezember statt.

### Ausstellung:

„Durch die Jahreszeiten“, lautet der Titel der neuen Ausstellung mit Malerei von Christine Liebich in der Galerie der Linksfraktion im Thüringer Landtag in Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1 (4. Etage des Fraktionsgebäudes).

Frau Liebich ist Autodidaktin und wohnt in Triptis.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Kindergeld

Die Koalitionsverhandlungen erweisen sich schon jetzt als sozialpolitischer Reifall, was auch an der Bekämpfung von Kinderarmut deutlich wird. „CDU/CSU und SPD beweisen, wie weitgehend sie sich mit der Existenz von Armut in diesem Land schon abgefunden haben“, sagte MdL Margit Jung. „Sie sind offenbar nicht einmal dazu bereit, das Kindergeld den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen.“ DIE LINKE setzt sich für eine Kindergrundsicherung ein, die vor allem Kinder Alleinerziehender aus der Armut herausholen könnte. Wichtig seien aber auch strukturelle Maßnahmen, wie z.B. Ausbau und Qualitätssicherung der Kitas sowie gebührenfreier Zugang zu frühkindlicher Bildung. ■

## Wasserversorgung

Die Absicht der Landesregierung, sich langfristig aus der flächendeckenden öffentlichen Wasserversorgung zurückziehen zu wollen, bezeichnete MdL Tilo Kummer als „Bankrotterklärung der Landespolitik“. Die Begründung, den gegenwärtig vorhandenen Anschlussgrad von 99,8 Prozent nicht mehr aufrechterhalten zu können, sei skandalös. Der zu erwartende höhere Aufwand zur Trinkwasserbereitstellung in Folge des Klimawandels und der Bevölkerungsentwicklung würden aufgeführt. „Das ist das Ende des Solidarprinzips und die Aufgabe kleiner Orte im ländlichen Raum“, so der Abgeordnete, der die Streichung dieser Pläne aus dem Entwurf des Landesentwicklungsplans fordert. ■

## Breitbandausbau

Skeptisch zeigte sich MdL Katharina König nach Ankündigungen am Rande der Koalitionsgespräche in Berlin, dass sich SPD und CDU einig seien, 50 M/bit schnelles Internet bis 2018 in ganz Deutschland verfügbar machen zu wollen. „In Thüringen ist noch nicht einmal die Mindestversorgung mit 2 M/bit überall gewährleistet, obwohl den Sonntagsreden zufolge doch alles dafür getan werde. Fünf Jahre in die Zukunft zu blicken, ist vielleicht etwas gewagt, aber bei der derzeitigen Entwicklung sind die nun angestrebten Bandbreiten 2018 auch nur Mittelmäß“, stellte die LINKE Landtagsabgeordnete fest und fügte hinzu: „In anderen Ländern wird sich da erheblich mehr vorgenommen.“ ■